rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b Verlags postamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an 1205 Wien, Fach 3

Das Fiasko mit dem



Daß sich die distinguierten Kreml-Herren – gewissermaßen als Statussymbol – einen Mercedes leisten, das ist bekannt. Und daß die russischen Arbeiter zu Fuß gehen müssen, das ist ebenfalls klar. Aber Rußland besteht ja nicht nur aus selbstherrlichen Parteigrößen und rechtlosen Arbeitern; es bedarf vielmehr noch der Mitwirkung einiger Tausend Wirtschafts- und Polit-Manager, um das ganze sozialimperialistische Werkel in Gang zu halten. Daß diese zwar erforderlichen, letztlich aber doch nur Hilfsdienste leistenden Manager allerdings genau so ein schönes Auto wie der Herr und Meister Breschnew besitzen dürfen, dagegen spricht erstens die strenge hierarchische Ordnung und zweitens der würgende Devisenmangel. Doch geschehen mußte irgendetwas. Man kann von einem Manager schließlich nicht verlangen, daß er wie ein Prolet zu Fuß geht oder sich mit dem miesen Pöbel in den Massenverkehrsmitteln drängt.

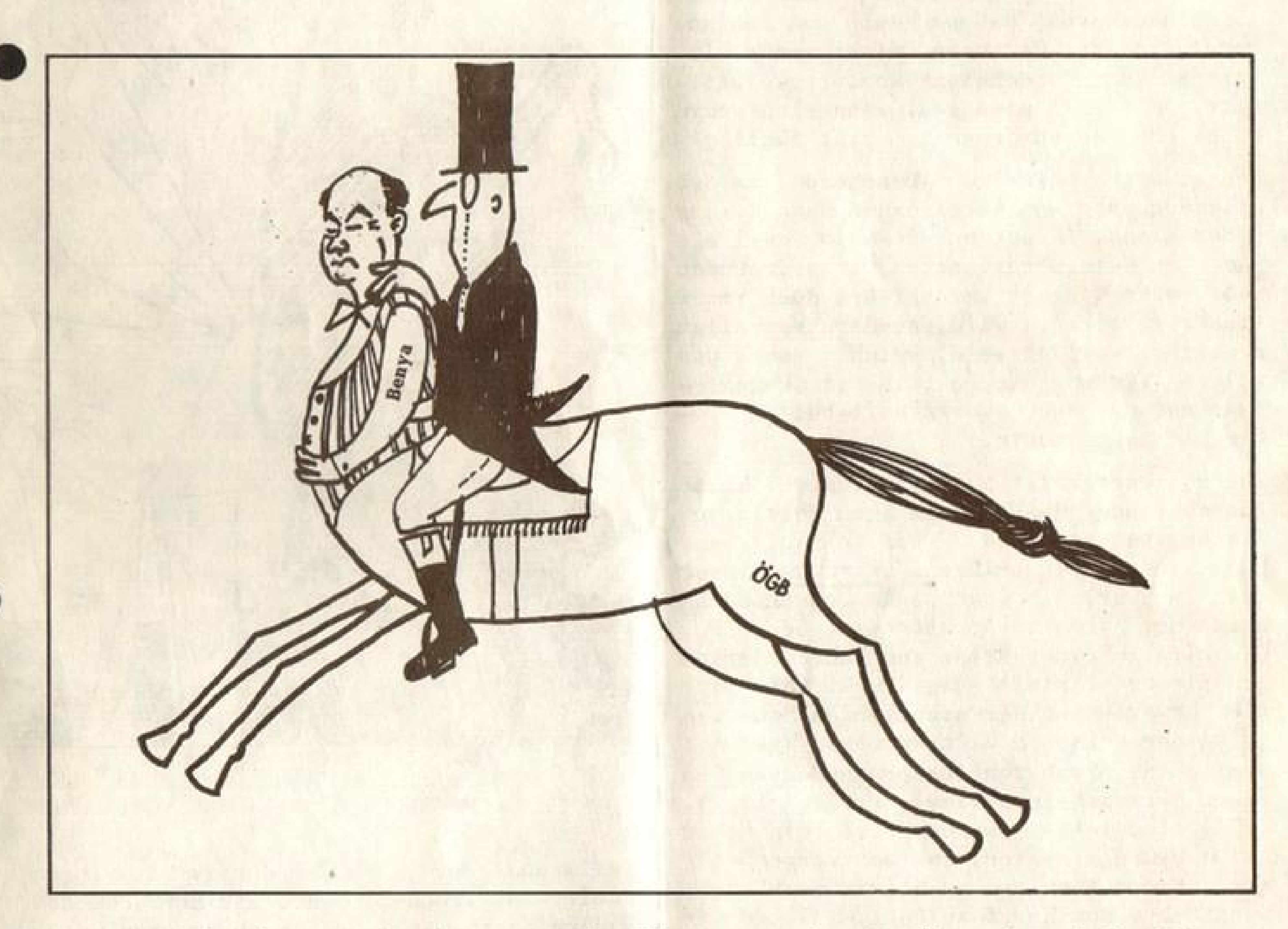
Wenn schon keinen Mercedes, so dachte man also, dann wenigstens einen Fiat. Und man lockte das westliche Kapital ins Land. Der Fiat-Konzern, verführt von Versprechungen und der aufregenden Aussicht auf einen 100-Millionen-Dollar-Gewinn, begann im russischen Togliattigrad (benannt nach dem italienischen Revisionisten Togliatti) eine Autofabrik zu bauen. Jedoch der Ärger begann schon beim Erdaushub, denn anstatt der geplanten 13 Millionen Kubikmeter Erde türmte sich letzten Endes ein Abraumgebirge von 31 Millionen Kubikmeter. Aber bitte, 13 oder 31, da konnte man sich wenigstens noch der Illusion hingeben, irgendein Bürotrottel habe sich beim Pläneabschreiben vertippt. Schlimmer traf es die italienischen Geldgeber bereits, als sie feststellen mußten, daß die russischen Pläneschmiede auch keine Ahnung von der Härte des russischen Winters gehabt hatten. Die Erde war festgefroren, sie mußte unter Geld- und Zeitverlust mittels heißer Abgase erst aufgetaut werden, ehe man sie wegschaffen konnte. Dann kam das nächste Unglück. Auf den Winter folgte nämlich – verdammt, wer hätte das denn ahnen sollen? – der Frühling und das Tauwetter, und so ein russisches Tauwetter hat's in sich, egal ob man's politisch oder wetterkundlich nimmt: Die festen Grundlagen werden verwässert, der Boden unter den Füßen gibt nach, ringsum schillert trügerischer Sumpf. Kurzum, man steckt plötzlich mitten im Dreck. Weil die zuständigen Planer selbstverständlich darauf vergessen hatten, die Arbeiterunterkünfte unmittelbar neben dem Bauplatz zu errichten, deshalb brauchten die Arbeiterbusse nun für die 11 Kilometer lange Schlammstrecke morgens anderthalb Stunden für die Hin- und abends anderthalb Stunden für die Rückfahrt.

Dazu kam noch, daß die Fiat-Chefs sich in ihren profitträchtigen Träumen auch die russischen Arbeiter anders vorgestellt hatten. Sie erwarteten sich Stachanowisten, die wie zu Zeiten Stalins das Plansoll übererfüllen würden. Statt dessen verhielten sich die Arbeiter den Fiat-Ingenieuren gegenüber merklich reserviert und gaben zu verstehen, daß sie sich zum Wohl der Fiat-Aktionäre nicht gern ausbeuten lassen. Was man ihnen nicht verargen kann. Denn es ist ein Unterschied, ob die Arbeiterklasse für sich selbst arbeitet oder für einen fremden Konzern und ein paar autonärrische Manager. ●

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 38 · Mai 1973

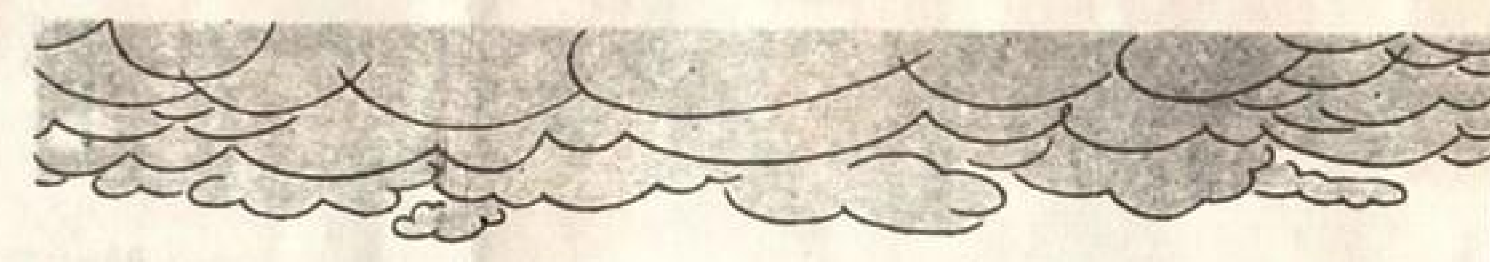


Benya wird in letzter Zeit sehr gesprächig. Was er sagt, ist allerdings eine einzige Kriegserklärung an die Arbeiter. Er erweist sich damit als:

Das beste Pferd der Industriellenvereinigung

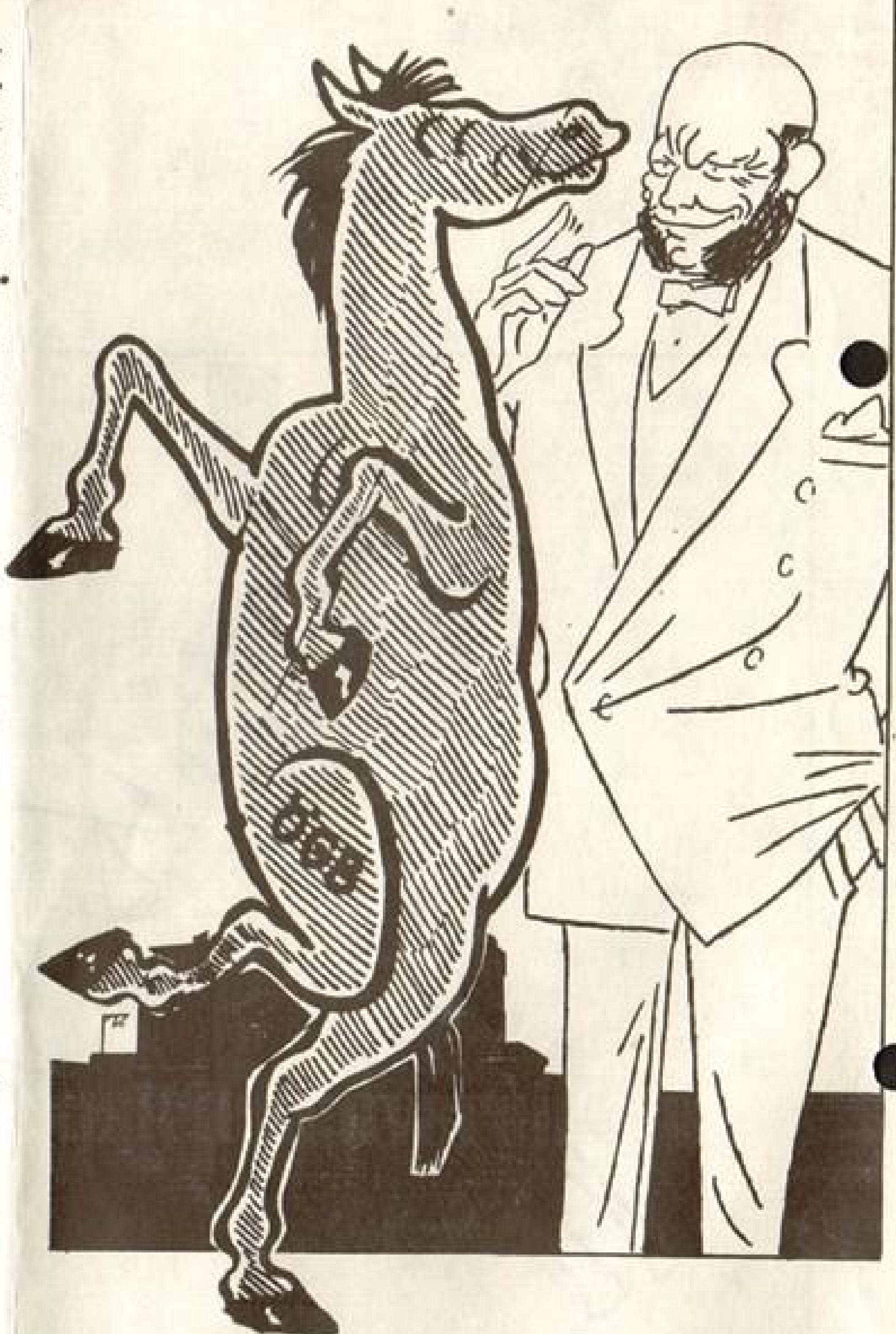
Benya wird in letzter Zeit sehr gesprächig. Was er sagt, ist allerdings eine einzige Kriegserklärung an die Arbeiter. Er erweist sich damit als:

Das beste Pferd der Industriellenvereinigung



„Man hat uns den Krieg erklärt - jetzt werden wir kämpfen!" So hat der Gewerkschaftsboß Benya gesprochen. Ist er etwa von seiner Rußland-Tour "revolutionär" gesinnt zurückgekommen? Die Kapitalisten können beruhigt sein. Für Arbeiterinteressen wird ein Benya nie revolutionär werden. Abgesehen davon, daß man heute aus Rußland revolutionäre Gedanken nicht mehr mitbringen kann; höchstens konterrevolutionäre. Was ist also los, wenn sich Benya zu solchen Aussprüchen bemüßigt fühlt?

Benya weiß natürlich Bescheid um die Stimmung unter der arbeitenden Bevölkerung Österreichs. Nicht nur deshalb, weil sie ihm von seinen verbonzten Parteifreunden mehr oder weniger umschrieben doch immer wieder zugetragen wird, sondern vor allem deshalb, weil er weiß, welchem Zweck und welche Wirkung die Politik der SP-Regierung und die des Gewerkschaftsbundes dienen und haben mußte.



Zweck dieser Politik war eine unverschämte Aussackelung des werktätigen Volkes, um die kapitalistischen Profite auf neue Höchstgrenzen zu bringen. Wirkung dieser Politik war die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der SPÖ, die sich in einer Reihe von Wahlniederlagen dieser Partei ausgedrückt hat, weil die Erwartungen der arbeitenden Menschen in keiner Weise erfüllt wurden. Was mit dem oben erwähnten Ausspruch Benyas (in einem "Presse"-Interview, "Presse" 18. 4. 1973) eingeleitet wurde, ist ein neuer Akt im Betrugstheater, das uns vorgespielt wird. Es ist aber ein Spiel mit dem Feuer. Wenn Benya zum Kampf aufruft, sollten wir arbeitenden Menschen das absolut beherzigen.

Beleuchten wir zuerst die Hintergründe. Die herrschende Kapitalistenklasse hat sich voll und ganz auf das Keynes'sche Prinzip eingestellt, mittels ständiger Inflation und ständig nachhinkender Löhne, bei ständig steigender Produktivität, ihre Profite zu erhöhen. Wenn wir herrschende Klasse sagen, wollen wir ausdrücken, daß sich kein Arbeiter mehr täuschen lassen darf davon, daß die SPÖ-Bonzen sich als "Arbeiterführer" ausgeben. Die Führungsclique dieser Partei - genauso wie die des Gewerkschaftsbundes - gehört heute in jeder Weise zur herrschenden, die arbeitende Bevölkerung rücksichtslos ausbeutenden Kapitalistenklasse. Ihre Machtposition ist die BAWAG, eine der größten Banken Österreichs. Ihre Profite stammen aus Zinsen für Kredite an die Industrie, die einen Teil des aus den Arbeitern gepreßten Mehrwerts darstellen. Die Millionenbezüge der SP-Bankdirektoren, Spitzenmanager der verstaatlichten Betriebe und Politiker entstammen ebenso der Ausbeutung der Arbeiter wie die Millionenbezüge der bürokratischen Kapitalisten auf der ÖVP-Seite. Die SP-Machthaber spielen sich sogar immer mehr in die Führungsrolle. Sie können das deshalb, weil sie imstande sind, mit demagogischen Phrasen entscheidenden Einfluß auf die Arbeiterklasse auszuüben und sie vom Klassenkampf abzuhalten.

Die Löhne hinken den ständig steigenden Preisen deshalb nach, weil sie für eine bestimmte Periode festgelegt werden. Gebräuchlich ist momentan ein Zeitraum von 18 Monaten. Solange bleiben die Löhne gleich, während die Preise steigen. Das ist ein bewußter Betrug! Denn die fortschreitende Geldentwertung ist vorausgesehen, ja sogar vorausgeplant. Die ausgepackelten Lohnsätze verlieren daher in der folgenden Stillhalteperiode laufend ihre Kaufkraft. Das ist der planmäßig durchgeführte Schwindel. Folgt danach eine Lohnerhöhung - "Lohnrunde" wird dieses ausgepackelte System genannt - erhöhen sich mit einem Schlag auch alle Preise (weil ja die "höheren Lohnkosten irgendwo hereingebracht" werden müssen, wie heuchlerisch behauptet wird). Dann aber bleiben die Löhne wieder "stabil", während die Preise sich wie bei einem Ringelspiel weiter in die Höhe drehen.

Für den Herbst 1973 war die nächste "Lohnrunde" festgelegt. Deshalb schlägt Benya bereits jetzt "revolutionäre" Töne an, um der Empörung innerhalb der Arbeiterschaft die Spitze abzubrechen, um den "Terminplan" einhalten zu können. Damit sollen die Arbeiter vom sofortigen Kampf um Lohnerhöhung als Abgeltung für die gestiegenen Preise, auch gegen den Willen der Bonzen im ÖGB, abgehalten werden. Jetzt kann man sagen, "es geht ja schon los", ihr müßt aber "Geduld" haben, schließlich ist erstens bald Urlaubszeit und wollen wir doch zweitens den "bewährten Instanzenweg in der Paritätischen Kommission" einhalten.

An die Wirkung dieser Methode glauben die Arbeiterverräter in der SPÖ-Führung aber gar nicht mehr so recht. Deshalb fahren sie mit noch schwereren demagogischen Geschützen auf. Sie heißen "Arbeitsverfassung" und "Bürgerblock". Zwei Schlagworte, mit denen Kreisky, Benya und Co. vertuschen wollen, daß die Führer der Sozialdemokratie längst die Klassenfront gewechselt haben. Man appelliert damit an den Klasseninstinkt der arbeitenden Menschen, um zu verschleiern, daß man selbst in die Rolle der ausbeutenden Millionäre aufgerückt ist.

Die Zusammenhänge sind für einen arbeitenden Menschen nicht so leicht zu begreifen, wenn er jahrzehntelang vom selbständigen, klassenbewußten Denken abgehalten wurde. Darauf wird ja eben spekuliert. Man sagt "Arbeitsverfassung", weil es den Arbeitern gut ins Ohr gehen wird. Und meint damit, die Position der SP- und Gewerkschaftsbürokratie im Konkurrenzkampf mit den anderen Teilen des Monopolkapitals und ihren Parteien zu stärken. Man sagt "Bürgerblock" und will damit die SP-Arbeiter noch einmal auf die Führung einschwören. "Wir müssen alles daransetzen, um bei den nächsten Wahlen wieder die absolute Mehrheit zu erringen...", sagt Benya ("Presse" - 18.4.1973) und hat damit die Katze ja schon aus dem Sack gelassen. Es ist dies wieder der Appell an den Klasseninstinkt. Lieber zufrieden sein mit der SP-Regierung als "kleineres Übel", als eine "schwarze" Mehrheit. Das ist ein neues Betrugsmanöver der SPÖ-ÖGB-Führung.

In Wirklichkeit ist das Interview des Herrn Benya in der "Presse" vom 18. April 1973 eine einzige Kriegserklärung an die Arbeiter. An die Kapitalisten gewendet sagt er nämlich, es wäre für sie "noch etwas zu holen", wenn die andere Seite "Kompromißbereitschaft" zeige. Den Arbeitern gegenüber ist er aber, wie die "Presse" betont, "überraschend hart". Genauso wie die ÖVP und FPÖ wettert er gegen eine "Verteilungsdemokratie" und fordert von den Arbeitern "entsprechende Leistungen". Er sprach sich ausdrücklich "gegen populäre Forderungen und Versprechungen" aus und erklärte wortwörtlich: "Wenn das so (mit den Arbeiterforderungen, d. Red.) weiter geht, glauben die jungen Menschen, daß ihnen nur gegeben wird und sie nichts dafür tun müssen."

Es wird also noch zu wenig gearbeitet, noch zu wenig geschuftet; die paar Freizeitstunden im Rahmen der Familie, die Überstunden und notwendiger Pfusch noch übriglassen, sind dem "Arbeiterführer" Benya noch zuviel. Man muß sich in den Betrieben noch mehr unterdrücken und antreiben lassen, denn "es fehlt das Gefühl

für die Leistung" bei den Arbeitern. So kann nur ein Klassenfeind der Arbeiter, ein ausgekochter Scharfmacher sprechen! Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L) hat in diesem Betrugsspiel schon oftmals den einzig möglichen Weg aufgezeigt. Die arbeitenden Menschen müssen sich auf ihre eigene Kraft besinnen und in den Betrieben den Kampf um ihre Interessen führen. Zu hoffen, die "Führer" würden sich schon einmal "bessern", zu glauben, daß in der Gewerkschaft was zu ändern sei, bedeutet Illusionen spinnen. Viele Arbeiter verstehen das schon und führen betriebliche Kämpfe. Hier aber haben sie es nicht nur mit dem Widerstand der SP-Bonzen zu tun, sondern auch mit der heimtückischen Abwiegelungstaktik der "K"PÖ- und GE-Führer. In Betrieben, in denen sie starke Positionen, ja sogar die Betriebsratsmehrheit besitzen, rufen sie die Arbeiter nicht etwa zum Kampf auf, sondern im Gegenteil widersetzen sie sich mit aller Gewalt einer selbständigen Aktion der Belegschaft. Sie verweisen auf den ÖGB, dessen Angelegenheit allein es wäre, Kampfaktionen durchzuführen. Sie schieben ab auf eben denselben Benya, der, wie wir gesehen haben, die Haltung scharfmacherischer Unternehmer einnimmt. Damit machen sie den Feinden der Arbeiter in der ÖGB-Spitze die Mauer und erweisen sich als ebensolche Demagogen wie diese. Deshalb muß auch der Widerstand der "K"PÖ- und GE-Bonzen überwunden werden, damit die Arbeiter zu ihrem Recht kommen und erfolgreich sein können. ●

Rote Khmer im Vormarsch

Am 18. März, dem dritten Jahrestag des Staatsstreiches der landesverräterischen Lon Nol-Clique, und in den darauffolgenden Tagen lieferten die kambodschanischen Nationalen Befreiungsstreitkräfte im ganzen noch von Lon Nol kontrollierten Gebiet dem Feind erbitterte Kämpfe. Lon Nol beherrscht nur noch zehn Prozent des Landes, darunter Phnom Penh und Teile der Provinzen Takeo, Prey Veng, Kompong Cham und Kompong Thom. In all diesen Gebieten griffen die Befreiungskämpfer die Söldner Lon Nols an. Allein am 18. und 19. März wurden 4oo Feinde vernichtet und ein Flugzeug des Feindes abgeschossen.

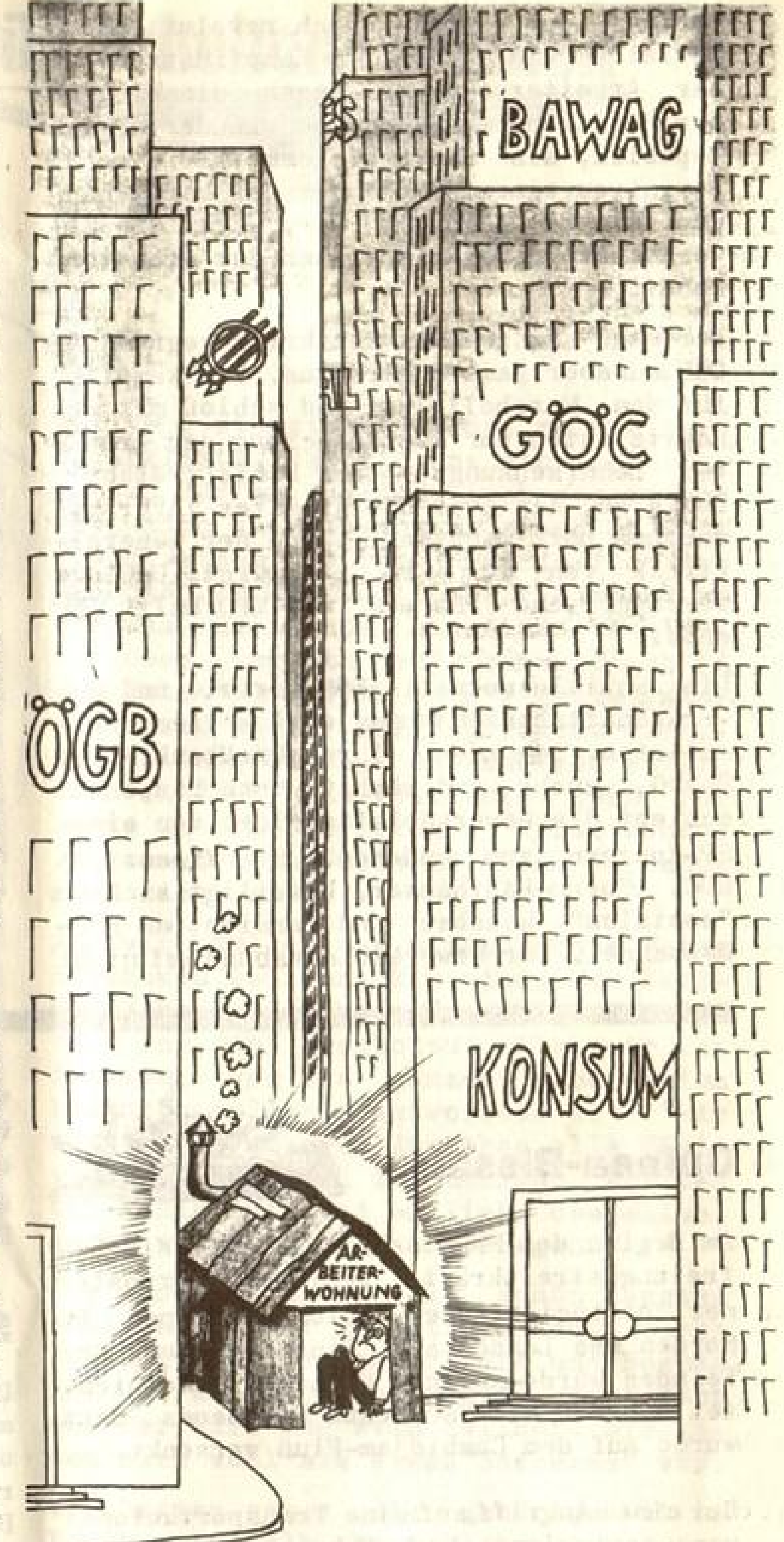
Am 20. März griffen die Truppen der Nationalen Einheitsfront den Stützpunkt von Wat Thom an und beschossen Stellungen in Tortung, Svay Prey und Takeo. Dabei wurden vierzig Lon Nol-Soldaten getötet. Am 21. März vernichteten die Nationalen Befreiungsstreitkräfte sieben feindliche Lager an der Fernstraße 1 und erbeuteten zahlreiche Waffen. Am folgenden Tag wurden 3oo Soldaten der Marionettentruppen eingekesselt und vernichtet.

Im April hat sich die Lage Lon Nols rapid verschlechtert. Seine "Regierung" befindet sich am Rande des Abgrunds. Die Nationale Einheitsfront hat bereits 90 Prozent des Territoriums und fünfeinhalb von sieben Millionen Einwohnern Kambodschas befreit. Die Hauptstadt Phnom Penh ist von der Außenwelt abgeschnitten. Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha und Präsident der Nationalen Einheitsfront erklärte, die Stadt sei "von innerer Gärung zerfressen. Wir warten, bis sie wie eine überreife Frucht fällt... In nächster Zukunft wird es den heldenhaften Befreiungskämpfern mit Unterstützung des tapferen Volkes von Phnom Penh gelingen, die Hauptstadt zu befreien."

Lon Nol hält sich durch die Unterstützung seitens der US-Imperialisten am Leben. Ununterbrochen bombardieren amerikanische Bomberflotten in Mißachtung des Pariser Abkommens über Vietnam die befreiten Gebiete. Die USA betreiben hier ihre aus Vietnam bekannte Politik des Bombenterrors und Völkermordes. Sie behaupten: Die massiven Bombardements und die Einschleusung amerikanischer "Berater" nach Phnom Penh sei gar kein Bruch des Vietnamabkommens, denn die Vereinigten Staaten seien ja von einer "rechtmäßigen" Regierung zu Hilfe gerufen worden. Die "Rechtmäßigkeit" besteht aber nur darin, daß die russischen Imperialisten Lon Nol als Vertreter Kambodschas anerkennen und der Regierung der Nationalen Einheit die Anerkennung verweigern.

Grotesk wirkt hier die Haltung der "Volksstimme", die die Solidarität mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes für sich reklamiert. Die Breschnjew-Clique in Moskau unterstützt ja in Wahrheit Lon Nol. Da die "K"PÖ-Führer zu den treuesten Knechten der Kreml-Herren gehören, ist es nichts als schamloser Betrug, wenn sie Sympathie mit dem Kampf gegen das Lon Nol-Regime heucheln. ●

Ein „sozialistischer" Betrieb



Zuerst zu meiner Person: Ich bin Mitte zwanzig, ledig und in einem Warenauslieferungslager angestellt.

Ich verdiene monatlich S 4.5oo brutto. Das macht abzüglich der Androsch-Steuern genau 3.5oo Schilling netto. Der Leiter des Warenlagers bekommt 18.ooo,- netto! Was kann der sich alles leisten? Ich habe viel Arbeit und ein kleines Lager zu verwalten. Er aber hat keine Arbeit außer auf alle Arbeiter aufzupassen.

Ich zahle freiwillig meinen Gewerkschaftsbeitrag, d.h. es gibt keinen im Konzern, der nicht freiwillig dazu gezwungen wäre. Steigt mein Lohn, so steigt auch der Beitrag mit. Derzeit halte ich bei vierzig Schilling. (Wie grotesk: Aus diesem Grund allein müßte der ÖGB an höheren Löhnen Interesse haben!)

Jeder in unserem Betrieb ist nach einer genau festgelegten sozialen Leiter eingestuft. Wer am wenigsten arbeitet, hat am meisten zu reden (= zu "leiten"). Eine soziale Ordnung wie in der Welt, in der die Forsytes leben!

Betrachten wir uns den Betriebsrat. Für wen ist er da? Wäre er für die Arbeiter da, würde er ja "Arbeiterrat" heißen! Für den Betrieb ist er da, unermüdlich die Sorgen und Nöte der Arbeiter von der Verkaufsleitung fernhaltend. Denn die hat was anderes zu tun, nämlich den Verkauf zu fördern. Die Hauptaufgabe des Betriebsrates besteht darin, den Leuten billige Waren zu verkaufen und sie bei der Stange zu halten, sowie administrative Aufgaben für den ÖGB zu erledigen. Deshalb hat der Betriebsrat auch keine Zeit, Vietnam-Resolutionen zu unterschreiben.

Der einzelne Arbeiter hat es sehr gut. Man merkt sofort, daß man in einem sozialen und sozialistischen Betrieb ist! Überzieht man die halbe Stunde Mittagspause um 5 Minuten, so wird einem nichts abgezogen. (Wäre ja zu schwierig, das auszurechnen!) Beim Zuspätkommen genau dasselbe. Kommt man aber eine halbe Stunde zu spät, muß man das schon einarbeiten.

Jetzt zum Thema: Geht in die Gewerkschaft, heißt es, und rührt dort um, werft die Bonzen aus dem ÖGB!

Genossen, man kann nicht! Man kann da nichts revolutionieren! Den ÖGB kann man nicht von innen her zerschlagen. Entweder man ist bedeutungslos auf verlorenem Posten oder man fliegt hinaus. Auch ein kämpferischer Betriebsrat kann sich ohne Unterstützung seiner Arbeitskollegen nicht lange halten. Umso mehr in der Gewerkschaft: Man darf sich sogar links geben. Man darf sogar Vietnam unterstützen. Aber an der heiligen Kuh Profit darf keiner rühren. Und wer das tut, der fliegt! Die ÖGB-Jugend darf im Wienerwald Mist räumen, "aktiv" für den Umweltschutz eintreten. Aber sie darf niemals fordern: Umweltschutz vor Kapitalistennutz!

Einst waren die Gewerkschaften unter der

Führung der damals noch revolutionären Sozialdemokratie mächtige Kampfinstrumente der Arbeiterbewegung gegen die Willkür der Besitzenden. Auch noch in der ersten Republik, als die Sozialdemokratie schon längst zu einem Handlanger der herrschenden Klasse geworden war, waren die Gewerkschaften Organisationen der Arbeiterschaft.

Der nach dem zweiten Weltkrieg gegründete ÖGB sah aber ganz anders aus. Er "kämpfte" für den Marshallplan und schloß mit den Kapitalisten zur Ausplünderung der Arbeiter Lohn(senkungs)- und Preis(treiber)-Pakte ab. Als 195o die Arbeiter ihrer Wut darüber Luft machten, wurde der Generalstreik von der SPÖ abgewürgt. Und die verräterische Führung der KPÖ half ihr dabei.

Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbonzen waren jetzt selber Kapitalisten geworden. Ihre Großbank, die BAWAG, wuchs und wächst noch heute und schiebt die Gewerkschaftsgelder von einem SP-Konzern zum anderen. Sie finanziert GÖC, Forum-Kaufhäuser, beteiligt sich am "sozialen" Wohnbau und verdient am KPÖ-Osthandel. Der Gewerkschaftsbund ist nicht so "rückständig" wie die englischen Gewerkschaften, daß er die Gewerkschaftsbeiträge zur Streikunterstützung weggibt. Kein ÖGB-Bonze denkt an so etwas, wär doch schade um die schönen Millionen!

Heute sehen wir die SPÖ-Manager an den Schalthebeln der Macht sitzen, und wir haben eine "Sozialpartnerschaft", um die uns alle Kapitalisten der Welt beneiden. Der ÖBG streichelt die Unternehmer und umgekehrt. Der Arbeiter aber, hinter dessen Rücken die Bonzen mit den Unternehmern packeln, wird auf die "Durststrecke" geschickt!

Zeigen wir am ersten Mai den SP-und ÖGB-Bonzen unsere Entschlossenheit. Veranstalten wir eine machtvolle Kundgebung für den Kampf in den Betrieben, gegen die Packelei der Gewerkschaftsführung. Der 19. Jänner soll nur der Anfang gewesen sein. Zeigen wir, daß wir gewillt sind, in unserem Land den Klassenkampf zu führen!

Nieder mit den Bonzen! HOCH DER ERSTE MAI! ES LEBE DER INTERNATIONALE KLASSENKAMPF!!

A.M., NÖ ●

Guinea-Bissau



Am Beginn des Monats März griffen die Befreiungsstreitkräfte mehrere Vorposten der portugiesischen Kolonialtruppen im Norden des Landes an. Eine Abteilung des Feindes wurde in einem Hinterhalt vernichtet und ein mit Nachschub beladenes Boot wurde auf dem Cumbidjam-Fluß versenkt.

Bei einem Angriff auf eine Transportkolonne von portugiesischen Fahrzeugen auf der Fernstraße von Pitche nach Burunta wurden am 14. März drei Lastwagen und ein Panzerwagen zerstört. In der Nacht des 21. März überfielen die patriotischen Streitkräfte das Lager von Gampara und zerstörten einen großen Teil dieses portugiesischen Stützpunktes. ●

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

Südkorea: Sklavenexport

Die südkoreanischen Behörden verhandeln mit brasilianischen Plantagenbesitzern über die "Auswanderung" von tausenden Koreanern. Mehr als 5o ooo Koreaner, arme Bauern und ihre Familien, sollen innerhalb von fünf Jahren an brasilianische Plantagen verkauft werden. Die durch die Mißwirtschaft der Marionettenregierung ruinierten Koreaner werden exportiert! Das ist die Methode der Imperialisten und ihrer Handlanger, an dem von ihnen verursachten Elend der Massen noch zu verdienen. Wiederholt hat die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea der südkoreanischen Regierung angeboten, den tausenden von Arbeitslosen und ruinierten Bauern im Norden des Landes Arbeit zu geben. Die Pak Tschung Hi-Clique hat aber diese Angebote abgelehnt und betreibt weiter den kriminellen Sklavenhandel. ●

Für Arbeiter verboten



Ich bin Maurer und arbeite derzeit im ersten Bezirk. Es war gleich am ersten Tag unserer Arbeit bei dieser Baustelle. In der Mittagspause suchten wir uns das nächstgelegene Gasthaus. Unsere Pause beträgt eine halbe Stunde. Wir können daher nicht so lange auf das Essen warten und außerdem ist es im Wirtshaus nicht gerade billig. Deshalb kauften sich einige von uns im Geschäft noch schnell etwas zu essen. Wir wollten uns im Wirtshaus nur etwas zu trinken kaufen, da unsere Arbeit sehr staubig ist. Natürlich können wir uns in der kurzen Zeit auch nicht umziehen. Darum gingen wir in unserer Arbeitskleidung, nachdem wir uns mit dem Besen gegenseitig abgeputzt hatten, in das besagte Gasthaus.

Schon beim Eingang wurden wir vom Ober mißtrauisch begutachtet. Als wir uns im leeren Lokal an einen Tisch setzen wollten, stürzte er sofort zu uns her. Er erklärte, daß wir uns nicht hierher setzen dürfen, da der Tisch reserviert sei. Auch als wir uns an einen anderen Tisch setzen wollten, wurde uns das verboten. Darauf wollten wir wissen, wo wir uns überhaupt hinsetzen sollen. Der Ober deutete auf einen Tisch in der Ecke. Wir waren zehn Arbeiter, aber der Tisch hatte nur für sechs Platz. Der Kellner sagte, die anderen sollen sich an die Theke stellen, denn für Leute in einem dreckigen Arbeitsanzug ist sonst kein Platz da. Das war aber noch nicht alles!

Als wir nämlich das mitgebrachte Essen auspacken wollten, kam wieder der Kellner daher und pöbelte uns an. Er sagte, das sei verboten! Als wir ihn fragten, was die ganzen Scherereien bedeuten sollen, antwortete er: "Wir würden mit unserem Aussehen alle Gäste verscheuchen und im übrigen sollten wir ruhig sein und endlich bestellen, sonst würden wir hinausfliegen."

Die anderen Gäste, die schön langsam nach zwölf Uhr eintrudelten, waren fast lauter Geschäftsleute und Beamte, die uns ebenso mißbilligend musterten wie der Wirt und sein Kellner. Sie kamen sich wohl als etwas "Besseres" vor.

Wir hatten schon die gehörige Wut im Bauch. Deshalb bestellten wir jeder ein Achtel Obi und bezahlten alle mit großem Geld. Das war dann die Rache am Wirt und seinem feinen Herrn Ober.

Mir scheint das eine mehr als bedenkliche Entwicklung. Vielleicht prangen bald allerorts Tafeln "Arbeiter unerwünscht", nachdem wir ja soviel vom "Land der unbeschränkten Freiheit", Amerika, übernehmen. Es müßte sich meiner Meinung nach unter den Arbeitern die Erkenntnis durchsetzen: "Kapitalisten und ihre Knechte unerwünscht"!

W. N., Wien ●

Meister Kreisky hantierte zwar eifrig mit dem Kleistertopf, aber auch

Leim hält nicht ewig

Am 21. Februar hat es sich konstituiert, das "Österreichische Nationalkomitee für Vietnamhilfe". Von Kreisky ausersehen als Mittel, um der antiimperialistischen Bewegung den Schwung zu nehmen und um die Jugend abzuwiegeln, wurde es von den Vertretern von 45 Jugendorganisationen ins Leben gerufen, um mit seiner "konstruktiven" Tätigkeit zu beginnen. Alle, aber auch wirklich alle pseudolinken Gruppen sind Kreisky in die Falle gegangen und haben die konsequent antiimperialistische Bewegung einem Sitz in einem Debattier- und Sammelklub geopfert, um den es immer stiller wird. Kein Wunder, denn das Nationalkomitee hat seine Aufgabe erfüllt, es hat die Reihen der Antiimperialisten zersplittert.

Die "Kommunistische" Jugend, der "Kommunistische" Studentenverband, die FÖJ sowie die"Gruppe Revolutionärer Marxisten", sie alle rauften sich um einen Platz an der Sonne, um einen besonders gewichtigen Titel im Komitee.

Im Vorstand des Komitees finden sich dann alle wieder. Den Schriftführerposten hat sich die FÖJ ergattert, im Vorstand sitzt neben Vertretern des Evangelischen Jugendwerkes, der Jungen ÖVP, der Gewerkschaftsjugend und der Evangelischen Studentengemeinde Otto Podolsky von der "Kommunistischen" Jugend. Die Kontrolle des Komitees teilen sich die Kinderfreunde, die Katholische Arbeiterjugend und der Trotzkist Dworczak von der GRM.

Mit einem Wort: Kreisky kann sich freuen, denn die "Revolutionäre" aller Schattierungen sind ihm willig auf den Leim gegangen und geben sich karitativen Aufgaben hin.

Als die Bildung dieses Komitees nach der großen Vietnam-Demonstration von Kreisky angeregt wurde, diskutierten die Mitglieder des Vietnam-Solidaritätskomitees darüber, ob man diesem Nationalkomitee beitreten sollte. Dabei hat die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter darauf hingewiesen, daß eine Teilnahme am Komitee nur bedeuten würde, Kreisky und den Revisionisten auf dem Leim zu gehen und damit die Antiimperialisten in eine Sackgasse zu führen und sie zu verwirren. Der politische Kampf soll dadurch abgewürgt werden.

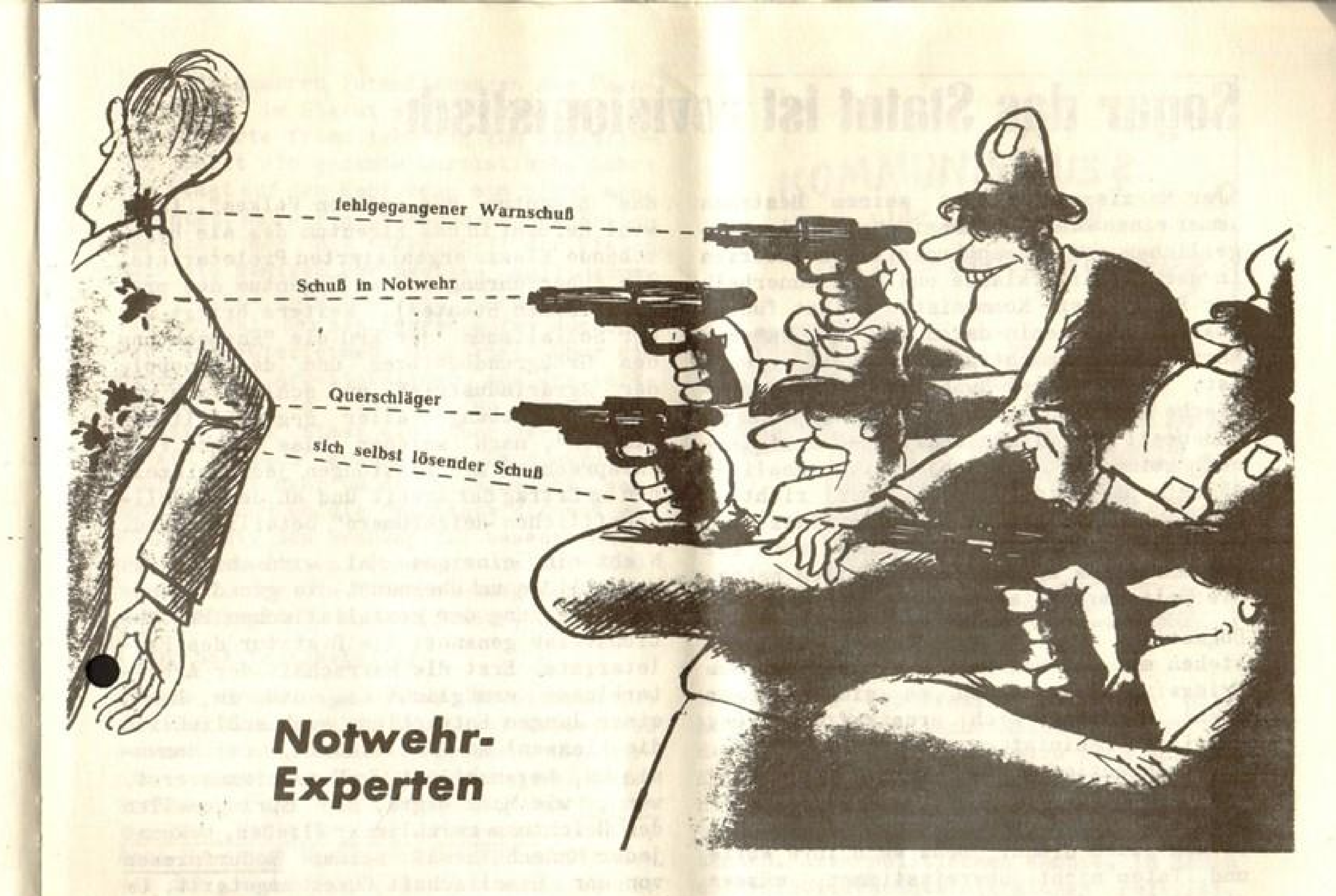
Unsere Ansicht hat sich bestätigt. Wenn jetzt bekanntgegeben wird, daß mehrere Organisationen dieses Komitee verlassen haben (darunter die Evangelischen Studenten und die trotzkistische GRM), gibt es dazu wieder etwas zu sagen. Man kann aus der Praxis lernen. Die Evangelischen Studenten sind um eine Erfahrung reicher. Eine Demagogie, wie sie anläßlich der Schaffung des "Nationalkomitees" betrieben wurde, kann sofort durchschaut werden, wenn man sich auf den Marxismus-Leninismus orientiert. Um diese Erkenntnis kann keiner herumkommen, der ehrlich, fortschrittlich und revolutionär gesinnt ist.

Den trotzkistischen GRM-Häuptlingen billigen wir bei ihrem Exodus allerdings keine ehrliche Erkenntnis zu. Für ihre Aufgabe fehlt es im "Nationalkomitee" schön langsam an Publikum. Auftragsgemäß unter der revolutionär gesinnten Jugend Verwirrung stiften können sie jetzt wieder besser außerhalb des Komitees.

Partisanen in Palästina

Die palästinensischen Guerillas haben im März den israelischen Truppen im Gazastreifen, am Westufer des Jordan und auf den Golanhöhen wiederholt schwere Verluste zugefügt.

Am 17. März wurde in Nablus ein israelisches Militärfahrzeug in die Luft gesprengt. Am 22. März sprengte eine Kommandoeinheit der Partisanen einen Rüstungsbetrieb in der Stadt Akka im nördlichen Palästina. Ebenfalls am selben Tag wurde in Yafa ein Offizier des israelischen Geheimdienstes getötet. Am 24.März schließlich legten die Guerillas in der Stadt Rafah im Gazastreifen einen Hinterhalt und töteten oder verwundeten alle Mitglieder einer israelischen Patrouille. Am gleichen Tag griff auch eine Partisaneneinheit einen israelischen Vorposten auf dem Sheikh-Berg in den Golan-Höhen an und tötete mehrere israelische Soldaten.



Notwehr-Experten

Eine Novembernacht in Wien. Alles ist ruhig, die Großstadt schläft. Nur die Einbrecher schlafen nicht. Und ein in der Ottakringer Yppengasse wohnhafter Wiener schläft auch nicht, er hört verdächtige Geräusche aus einem Elektrogeschäft und verständigt telefonisch die Polizei. Und irgend jemand verständigt auch die beiden Inhaber des Elektrogeschäftes. Weil aber die Polizei offenbar die längere Leitung hat, deshalb sind die Geschäftsinhaber rascher am Tatort. Das ist ihr Verhängnis, denn während die Einbrecher längst geflohen sind, kommen nun endlich zwei Polizisten in die Yppengasse. Klug, wie Polizisten eben sind, halten sie die Geschäftsleute für die Einbrecher, ziehen in James-Bond-Manier die Dienstpistolen und ballern wild drauflos. Einer der Geschäftsinhaber ist tot, der andere schwerverletzt. Soweit die Vorgeschichte. Die Pointe kommt aber noch. Unlängst fand nämlich die Gerichtsverhandlung statt, bei der die Polizisten — nehmen wir es gleich vorweg — freigesprochen wurden. Sie sind also Unschuldslamperln, die Herren Totschießer, von Amts wegen reingewaschen von jeder Schuld. Denn sie haben selbstverständlich in Notwehr gehandelt, weil sie sich ja gefährlichen, bewaffneten Einbrechern gegenüber glaubten. Mit diesem Argument, das so jämmerlich schwach ist, daß sich seiner selbst der kleinste Ganove schämen würde, verteidigten sich zumindest die Angeklagten. Im Rechtsstaat Österreich jedoch mit Erfolg.

Auch sonst griff ein Rädchen brav ins andere. Damit nur ja niemand auf den Gedanken käme, es gehe bei solchen Prozessen nicht mit rechten Dingen zu, klärte der „Kurier" die Massen auf. Der Richter, der die schießfreudigen James Bonds freisprach, war „der objektive Vorsitzende". Und weil's so gut zu der ganzen Justizkomödie paßt, bescheinigte man dem „sympathischen, jungen Staatsanwalt" viel „Schauspieltalent. Sein gutes Aussehen und sein in Burgtheaterdeutsch vorgetragenes Schlußwort — wobei er das R besonders rollen ließ — hätten vielleicht schon genügt, ihm eine Karriere auf den ,Brettern' zu sichern". Na ja, er wird auch als Rechtsstaatsanwalt Karriere machen, denn er „zeigte eher unterschwelliges Verständnis" für die Polizisten.

Übrigens wohnten dem Prozeß 50 Polizeischüler bei — und lernten somit, was sie sich alles ungestraft erlauben dürfen. Für die Zukunft ist demnach vorgesorgt; wobei die altgedienten Polizeilehrer (mit entsprechender Erfahrung aus den Jahren 1918, 1927 und 1934) ihren Schützlingen allerdings zusätzlich erklären werden, daß es ja nicht immer ein paar harmlose kleine Geschäftsinhaber sein müssen, vor denen sie sich zu fürchten haben. Fahnen schwingende, Transparente tragende, Sprechchöre schreiende politische Demonstranten etwa sind noch viel besser dazu geeignet, das empfindliche vegetative Nervensystem der Freunde und Helfer zu reizen (Notwehr-Reflex). Und sie werden ihren Schülern auch lehren, daß es — wie in Westdeutschland bereits ausprobiert! — auch noch andere Methoden gibt, um mit dem Gegner fertigzuwerden. Etwa durch einen fehlgegangenen Warnschuß. Oder durch einen sich bedauerlicherweise selbst lösenden Schuß. Und es findet sich jedesmal ein objektiver Richter, der den Schützen freispricht. Denn im Rechtsstaat ist immer das Opfer schuld.

Sogar das Statut ist revisionistisch

Der Marxismus hat seit seinem Bestehen immer einen scharfen Kampf gegen alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien in der Arbeiterklasse und auch innerhalb der Reihen der Kommunisten selbst führen müssen. Wenn Lenin davon spricht, daß der Marxismus allmächtig ist, weil er wahr ist, so ist dabei "wahr" nicht als moralische Bezeichnung zu verstehen, sondern bedeutet: Der wissenschaftliche Sozialismus stimmt mit der objektiven Realität überein und widerspiegelt sie richtig. Dadurch setzt er die Arbeiterklasse und die arbeitenden Massen instande, wenn sie den Marxismus erfaßt und begriffen haben, die Welt umzugestalten.

Dogmatiker und Revisionisten hingegen stehen mit der Wahrheit chronisch auf dem Kriegsfuß und können es sich auch gar nicht leisten, sich ernsthaft mit uns Marxisten-Leninisten auseinanderzusetzen. So argumentieren die Herren "Arbeiter" vom Globus-Konzern überhaupt nicht, sondern sie lügen ununterbrochen! Das hat seinen guten Grund. Denn wenn ihre Worte und Taten nicht übereinstimmen, müssen sie sich ja davor scheuen, ihre Ansichten einer Prüfung durch die Tatsachen zu unterwerfen. Es gehört daher zur Politik der KP-Führung, auf den blinden Glauben der Parteimitglieder zu spekulieren, die eben an die Partei, den Sozialismus in Rußland, die russische Friedenspolitik usw. usf. glauben müssen.

Aber auch für ein Mitglied der KPÖ ist es nicht schwer, die richtigen Schlüsse über seine Partei zu ziehen. Dazu braucht man sich bloß eines der wichtigsten Parteidokumente, das Statut, anzusehen.

So ist nach diesem Statut (§2) die KPÖ nicht die Klassenpartei der Österreichischen Arbeiterklasse, sondern eine "freiwillige politische Kampfgemeinschaft", deren Ziel nicht etwa die Errichtung der Diktatur des Proletariats und als Endziel der Kommunismus ist, sondern das Wirken für den "sozialen Aufstieg des werktätigen Volkes, für die Erhaltung und Erweiterung der Demokratie, für den Frieden und Sozialismus".

Dieser "Sozialismus" bedeutet aber nicht die Herrschaft des Proletariats, sondern bloß "die Überführung der entscheidenden Produktionsmittel, der Versicherungsgesellschaften und der Banken in das Eigentum des ganzen Volkes". (Soll wohl heißen: in das Eigentum des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, d.h. Überführung in das Eigentum des proletarischen Staates). Weiters bringt uns der Sozialismus der KPÖ die "Entmachtung des Großgrundbesitzes und der Monopole der Agrarindustrie" und schließlich gar die "Aufhebung aller gegensätzlichen Klassen", nach welcher "das ganze Volk entsprechend den Leistungen jedes einzelnen am Ertrag der Arbeit und an den gesellschaftlichen Reichtümern" beteiligt wird.

Nicht ein einziges Mal wird hier das Wesentliche und überhaupt die grundlegende Voraussetzung der sozialistischen Produktionsweise genannt: die Diktatur des Proletariats. Erst die Herrschaft der Arbeiterklasse ermöglicht es, daß im Laufe einer langen Entwicklung sich schließlich die klassenlose Gesellschaft, der Kommunismus, herausbildet. Im Kommunismus erst, wenn, wie Marx sagte, die Springquellen des Reichtums reichlicher fließen, bekommt jeder Mensch gemäß seinen Bedürfnissen von der Gesellschaft Güter zugeteilt. Um aber zum Kommunismus zu gelangen, muß die Arbeiterklasse durch ihre Herrschaft alle gesellschaftlichen Verhältnisse (auch den Bereich der Kultur und Ideologie) nach ihrem Bilde umgestalten. In dieser Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus, deren politischer Ausdruck die proletarische Diktatur ist, erfolgt die Entlohnung aber nicht nach den Bedürfnissen, sondern nach der Arbeitsleistung.

Zurück zum Statut der KPÖ. Wenn hier das Klassenwesen des Sozialismus vertuscht wird, so wird der "Sozialismus" natürlich zu einer Art gerechten Verteilung des "Ertrags der Arbeit", zu einer gerechteren Beteiligung "an den gesellschaftlichen Reichtümern". Von der Aufhebung von Klassen sprechen die Revisionisten hier bloß, um Verwirrung zu stiften und sich vor der Erwähnung proletarischer Diktatur und der des Kommunismus zu drücken.

Weder verschwinden im Sozialismus sogleich alle Klassen noch kann man von der Aufhebung der "gegensätzlichen Klassen" reden. Die gegensätzlichen Klassen, Proletariat und Bourgeoisie, bestehen auch bis zum Kommunismus fort, der Klassenkampf geht auch dann noch weiter, wenn die Arbeiterklasse die Macht schon errungen hat!

Auch die anderen Formulierungen des Paragraphen 2 im Statut sind beachtlich. Der geschilderte friedliche Weg zum Sozialismus stellt die gesamte marxistische Lehre vom Staat auf den Kopf. Wenn man nicht mehr beachtet, daß der Staatsapparat des Proletariats, der die Herrschaft der Vielen über die Wenigen durchsetzen soll, gänzlich anders aufgebaut ist als der bürgerliche Staat, der als herrschender Ausschuß der ausbeuterischen Minderheit über die Massen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes fungiert, so ist es sehr leicht, den Staat als "über der Gesellschaft stehend" auszugeben. Dann wird der Kampf nicht mehr um die Staatsmacht, sondern nur noch um die "Machtpositionen" geführt, die das Großkapital besetzt hält. "Die Kommunisten (gemeint ist die KPÖ) treten... für die Einschränkung der Macht des Großkapitals ein." (Statut, S.2)

Lenin hat festgestellt:

1. Die Grundfrage jeder Revolution ist die der Staatsmacht. Das Proletariat muß selbst die Staatsmacht ergreifen. "Ein Marxist ist nur wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt. (Lenin, Anti-Kautsky.) Das Statut der KPÖ stellt weder die Machtfrage noch erwähnt es die proletarische Diktatur.

2. "Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch eine neue, die nach den Worten von Engels schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr ist." (Lenin, Staat und Revolution.) KPÖ-Statut: "Einfluß und Macht der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes werden nur in Massenkämpfen gegen die Machtpositionen des Großkapitals durchgesetzt." Als ob der Staat ein Instrument wäre, in dem die Klassen um Positionen kämpfen würden.

3. "Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über den monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion." (Lenin, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.) Daraus ergibt sich, daß der Kampf "für die Einschränkung des Großkapitals, für eine breitere Demokratie, für das Recht der arbeitenden Menschen in Stadt und Land auf Mitbestimmung in Politik und Wirtschaft" von vornherein illusionär ist. Wenn die politische Tendenz des Imperialismus die Reaktion ist, so ist es Unsinn, sich Hoffnungen auf die bürgerliche Demokratie zu machen. Beim Kampf um demokratische Rechte kommt es darauf an, wie die Massen sich auf den Kampf um den Sozialismus vorbereiten können, wie die Massen des Volkes um die Arbeiterklasse zusammengeschlossen werden können. Alle politischen Kämpfe, in denen die Arbeiterschaft als Klasse auftritt, richten sich konkret gegen den bürgerlichen Staat und nicht abstrakt gegen irgendwelche "Interessen des Großkapitals", wie es im Statut der KPÖ heißt.

Der antikommunistische Charakter des Statuts der "K"PÖ tritt klar genug zu Tage: Ablehnung der Diktatur des Proletariats und Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie und zum bürgerlichen Staat!

